

Kooperationsvereinbarung
über die
Organisation und Durchführung des gebundenen Ganztags
sowie der Übermittagsbetreuung
am Konrad-Heresbach-Gymnasium Mettmann

zwischen

der Kreisstadt Mettmann
Neanderstraße 85
40822 Mettmann

- nachfolgend: „Auftraggeber“ -

und der

der Schulleiterin / dem Schulleiter
des Konrad-Heresbach-Gymnasiums
Laubacher Str. 13
40822 Mettmann

- nachfolgend: „Schulleitung“ -

und der

[...]

- nachfolgend: „Auftragnehmer“ -

nachfolgend gemeinsam: „Parteien“ genannt

INHALTSVERZEICHNIS

§ 1 Vertragsgegenstand	3
§ 2 Bestandteile des Vertrages	3
§ 3 Leistungspflichten des Auftragnehmers.....	4
§ 4 Mitwirkungspflichten des Auftraggebers	5
§ 5 Vergütung und Zahlungsbedingungen.....	5
§ 6 Vertragsdauer	6
§ 7 Kinderschutz	6
§ 8 Urheber- und Nutzungsrechte	7
§ 9 Betriebshaftpflichtversicherung.....	7
§ 10 Kündigung	8
§ 11 Geheimhaltung	9
§ 12 Schlussbestimmungen	9
ANLAGENVERZEICHNIS	11

§ 1

Vertragsgegenstand

Gegenstand dieser Kooperationsvereinbarung sind nach Maßgabe der Leistungsbeschreibung (**Anlage 1** zu diesem Vertrag) alle notwendigen Leistungen für die **Organisation und Durchführung des gebundenen Ganztags sowie der Übermittagsbetreuung am Konrad-Heresbach-Gymnasium Mettmann**.

§ 2

Bestandteile des Vertrages

- (1) Vertragsbestandteil sind die nachfolgend aufgeführten Unterlagen und Normen in der dargestellten Reihen- und Rangfolge. Die jeweils vorstehenden Unterlagen beziehungsweise Normen schließen die nachfolgenden in den Teilen aus, in welchen sie den vorstehenden Unterlagen beziehungsweise Normen widersprechen, soweit im Vertrag nicht ausdrücklich – zum Beispiel durch Bezug auf eine konkrete Vorschrift – etwas anderes geregelt ist:
- a) die Regelungen dieses Vertrages;
 - b) die Leistungsbeschreibung (**Anlage 1** zu diesem Vertrag);
 - c) die Besonderen Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Verpflichtungen zur Tarif- und Mindestentlohnung nach dem Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen (**Anlage 2** zu diesem Vertrag);
 - d) Verdingungsordnung für Leistungen, Teil B "Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B)";
 - e) der Runderlass des Ministeriums für Schule und Weiterbildung „Gebundene und offene Ganztagschulen sowie außerunterrichtliche Ganztags- und Betreuungsangebote in Primarbereich und Sekundarstufe I“ (BASS 12-63 Nr. 2) vom 23. Dezember 2010 in der jeweils gültigen Fassung (**Anlage 3** zu diesem Vertrag);
 - f) der Runderlass des Ministeriums für Schule und Weiterbildung „Geld oder Stelle - Sekundarstufe I; Zuwendungen zur pädagogischen Übermittagsbetreuung/Ganztagesangebote“ (BASS 11-02 Nr. 24) vom 31. Juli 2008 in der jeweils gültigen Fassung (**Anlage 4** zu diesem Vertrag);
 - g) die Bestimmungen des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen;
 - h) die Bestimmungen des Verwaltungsverfahrensgesetzes;
 - i) die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches;
 - j) das Angebot des Auftragnehmers vom **XX.XX.2026** nebst Anlagen (**Anlage 5** zu diesem Vertrag).

- (2) Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers sowie Zahlungsbedingungen des Auftragnehmers haben keine Gültigkeit, auch wenn der Auftraggeber diesen nicht widersprochen hatte.
- (3) Mündliche Nebenabreden, Änderungen und/oder Ergänzungen zu den Vertragsgrundlagen sind nicht getroffen.

§ 3

Leistungspflichten des Auftragnehmers

- (1) Die vom Auftragnehmer durchzuführenden Leistungen richten sich nach der als **Anlage 1** beigefügten Leistungsbeschreibung sowie den Regelungen dieses Vertrages.
- (2) Der Auftragnehmer muss alle in der Leistungsbeschreibung definierten Leistungen erbringen, es sei denn, sie sind in diesem Vertrag oder einer seiner Anlagen ausdrücklich dem Auftraggeber zugewiesen.
- (3) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, den Auftraggeber im Rahmen der vereinbarten Leistungen über Probleme und alle bei der Durchführung seiner Leistungen wesentlichen Umstände sowie über sonstige Angelegenheiten, die für den Vertragsgegenstand wesentlich sind oder sein können, unverzüglich und unaufgefordert in Textform (z.B. per Mail) zu unterrichten.
- (4) Bei der Erbringung seiner Leistungen hat der Auftragnehmer die Besonderen Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Verpflichtungen zur Tarif- und Mindestentlohnung nach dem Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen (**Anlage 2** zu diesem Vertrag), sämtliche einschlägigen Bestimmungen sowie sonstige zwingende Vorschriften zu beachten.
- (5) Die Parteien sind verpflichtet, Daten, die sie von der anderen Partei im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrags erhalten, vollständig zu löschen und auf Verlangen diese Löschung schriftlich zu bestätigen und nachzuweisen, sobald die Parteien keiner Pflicht aus diesem Vertrag mehr unterliegen.

§ 4

Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber stellt dem Auftragnehmer alle zur Erbringung der Leistungen erforderlichen Informationen, Daten und Unterlagen rechtzeitig und vollständig zur Verfügung.
- (2) Der Auftraggeber verpflichtet sich, auf Verlangen den Auftragnehmer bei seiner Leistungserbringung im erforderlichen Umfang zu unterstützen, sofern dies für die Leistungserbringung erforderlich ist.

§ 5

Vergütung und Zahlungsbedingungen

- (1) Die Finanzierung der von dem Auftragnehmer gemäß § 1 Abs. 1 dieses Vertrages zu erbringenden Leistungen erfolgt auf Grundlage des Runderlasses des Ministeriums für Schule und Weiterbildung „Gebundene und offene Ganztagsschulen sowie außerunterrichtliche Ganztags- und Betreuungsangebote in Primarbereich und Sekundarstufe I“ (BASS 12-63 Nr. 2) vom 23. Dezember 2010 in Verbindung mit dem Runderlass des Ministeriums für Schule und Weiterbildung „Geld oder Stelle - Sekundarstufe I; Zuwendungen zur pädagogischen Übermittagsbetreuung/Ganztagesangebote“ (BASS 11-02 Nr. 24) vom 31. Juli 2008 in den jeweils gültigen Fassungen. Ein Anspruch des Auftragnehmers auf Auszahlung der Landesmittel besteht nur in Höhe der vom Land tatsächlich gewährten Zuschüsse.
- (2) Der Auftraggeber beantragt bis zum 30.12. eines jeden Jahres die Zuwendungen aufgrund der zuvor bis zum 01.12. von der Schule erfolgten Mitteilung, in welchem Umfang sie sich für die Lehrerstellenanteile und/oder Zuwendungen in Form von Barmitteln entschieden hat.
- (3) Dem Auftragnehmer und der Schule wird seitens des Auftraggebers mitgeteilt, in welcher Höhe Landesmittel bewilligt worden sind. Der Auftragnehmer hat sich im Laufe des Schuljahres an die Höhe der gewährten Zuwendung zu halten.
- (4) Die Auszahlung der zur Verfügung gestellten Mittel erfolgt in zwei gleichen Raten jeweils im September und März eines Schuljahres. Die Finanzmittel sind nicht in das folgende Schuljahr übertragbar und wirtschaftlich und sparsam zu verwenden.
- (5) Über die bestimmungsgemäße Verwendung der dem Auftragnehmer zur Verfügung gestellten Finanzmittel (Landesmittel, Mittel des Auftraggebers) hat der

Auftragnehmer nach Beendigung des Schuljahres einen detaillierten Verwendungsnachweis zu fertigen und dem Auftraggeber bis spätestens 15.09. für das jeweils abgelaufene Schuljahr zu übersenden. Der Auftragnehmer hat für die Überprüfung die erforderlichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen und die notwendigen Auskünfte zu erteilen. Nicht verwendete Mittel sind zum Ende des Schuljahres nach Vorlage des Verwendungsnachweises zurückzuzahlen.

- (6) Die Finanzmittel (Landesmittel, Mittel des Auftraggebers) sind von dem Auftragnehmer an den Auftraggeber zu erstatten, wenn und soweit sie von ihm durch unrichtige oder unvollständige Angaben erwirkt worden sind, sie nicht oder nicht mehr für den vorgesehenen Zweck verwandt werden, sie nicht alsbald nach der Auszahlung zur Erfüllung des Verwendungszwecks verwandt werden, keine Betreuungsangebote zustande kommen oder der Auftragnehmer sonstigen wesentlichen Verpflichtungen des Vertrages nicht ordnungsgemäß nachkommt. Die vorstehende Regelung gilt auch im Fall einer vorzeitigen Vertragsbeendigung.
- (7) Erhebt das Land Rückforderungen wegen nicht bestimmungsgemäßer Verwendung der Landesmittel durch den Auftragnehmer, sind diese Rückforderungen vom Auftragnehmer zu übernehmen. Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber ausdrücklich von diesen Rückforderungen frei.
- (8) Im Falle von Überzahlungen kann sich der Auftragnehmer nicht auf den Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.

§ 6

Vertragsdauer

- (1) Der Vertrag beginnt am 01.08.2026 und endet am 31.07.2030, ohne dass es einer Kündigung bedarf.
- (2) Der Auftraggeber ist berechtigt, den Vertrag zweimal jeweils um ein Jahr zu verlängern. Die Verlängerung erfolgt jeweils durch einseitige schriftliche Erklärung des Auftraggebers gegenüber dem Auftragnehmer spätestens drei Monate vor Ablauf der Vertragslaufzeit.

§ 7

Kinderschutz

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Kooperation im Kinderschutz mit dem

Auftraggeber. Ziel ist es, das Wohl von Kindern und Jugendlichen zu sichern und Gefährdungen frühzeitig zu erkennen, sowie angemessen darauf zu reagieren. Eine entsprechende Vereinbarung zum Kinderschutz wird gesondert zwischen dem Jugendamt des Auftraggebers und dem Auftragnehmer geschlossen.

- (2) Grundlagen sind die gesetzlichen Bestimmungen des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII), insbesondere § 8a SGB VIII, sowie einschlägige landesrechtliche Regelungen. Die gesetzlichen Vorgaben zum Kinderschutz sind zwingend einzuhalten.
- (3) Ein institutionelles Schutzkonzept ist durch den Auftragnehmer vorzuhalten. Das individuelle Schutzkonzept ist kontinuierlich zu überprüfen, weiterzuentwickeln und anzupassen. Das Schutzkonzept ist auf Anfrage des Auftraggebers offenzulegen.

§ 8

Urheber- und Nutzungsrechte

- (1) Dem Auftragnehmer bleibt, sofern er urheberrechtlich schutzfähige Leistungen erbringt, ein etwaiges Urheberrecht an den schutzfähigen Leistungen.
- (2) Der Auftragnehmer räumt dem Auftraggeber das unwiderrufliche und unbeschränkte Recht ein, sämtliche Unterlagen (in verkörperter und elektronischer Form), die der Auftragnehmer bei der Ausführung der Leistungen erbringt, ganz oder teilweise ohne Mitwirkung des Auftragnehmers gemäß der §§ 15 ff. UrhG und unter Wahrung seiner Urheberpersönlichkeitsrechte zu verwerten. Dies gilt insbesondere auch bei einer vorzeitigen Beendigung dieses Vertrags. Die eingeräumten Rechte können vom Auftraggeber auf Dritte übertragen werden.
- (3) Mit dem vereinbarten Honorar sind sämtliche Ansprüche des Auftragnehmers im Zusammenhang mit der Übertragung der Verwertungsrechte an erstellten Unterlagen und erbrachten Leistungen abgegolten.

§ 9

Betriebshaftpflichtversicherung

- (1) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, auf seine Kosten eine Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens EUR 1,5 Mio. pro Schadensfall abzuschließen.

- (2) Der Auftragnehmer hat auf Verlangen des Auftraggebers den Versicherungsschutz im vereinbarten Umfang nachzuweisen. Weist der Auftragnehmer den Versicherungsschutz nicht innerhalb von zwei Wochen nach schriftlicher Aufforderung durch den Auftraggeber nach, ist der Auftraggeber zur Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund berechtigt.

§ 10

Kündigung

- (1) Der Auftraggeber kann diesen Vertrag jeweils bis zum 31.03. eines Jahres mit Wirkung zum Ende des Schuljahres ordentlich kündigen.
- (2) Das Recht der Parteien zur außerordentlichen Kündigung des Vertrages aus wichtigem Grund bleibt unberührt. Der Auftraggeber hat insbesondere dann ein Recht zur außerordentlichen Kündigung, wenn
- a) der Auftragnehmer Leistungen nach diesem Vertrag nicht erbringt oder nicht weiterführt, oder
 - b) der Auftragnehmer in schwerwiegender Weise gegen sonstige Bestimmungen dieses Vertrages verstößt, den Verstoß trotz schriftlicher Abmahnung mit angemessener Fristsetzung nicht behebt und der Auftraggeber in dem Abmahnschreiben für den Fall für dessen Nichtbeachtung eine fristlose Kündigung dieses Vertrages angekündigt hat, oder
 - c) die gesetzliche Grundlage entfällt oder das Land die Zuwendungen gravierend einschränkt bzw. einstellt.
- (3) Kündigungen bedürfen der Schriftform.
- (4) Im Falle einer vorzeitigen Kündigung des Vertrages hat der Auftragnehmer Anspruch auf eine anteilige Vergütung für die bis zum Zeitpunkt der Kündigung erbrachten Leistungen. Die anteilige Vergütung wird auf Basis der bis zur Wirksamkeit der Kündigung verstrichenen Monate berechnet. Der Auftragnehmer erhält Vergütung gemäß § 5 Abs. 1 für die Anzahl der Monate, bis zu denen die Kündigung wirksam wird. Für den Zeitraum nach Wirksamwerden der Kündigung besteht kein Vergütungsanspruch.

§ 11

Geheimhaltung

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, über alle im Zusammenhang mit der Durchführung des Auftrages ihm bekannt gewordenen oder bekanntwerdenden Informationen des Auftraggebers auch über das Ende dieser Vereinbarung Stillschweigen zu bewahren. Er wird die ihm überlassenen Unterlagen während der Vertragsdauer sorgfältig verwahren, vor Einsichtnahme schützen und auf Verlangen des Auftraggebers nach dem Ende der Vertragslaufzeit zurückgeben.

§ 12

Schlussbestimmungen

- (1) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so bleibt der Vertrag im Übrigen wirksam. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Vertragsbestimmungen werden die Parteien eine angemessene Regelung vereinbaren, die in wirtschaftlicher Hinsicht dem am nächsten kommt, was üblicherweise vereinbart worden wäre, wenn die Unwirksamkeit oder Undurchführbarkeit bekannt gewesen wäre. Die vorstehende Regelung gilt auch, wenn sich bei der Durchführung oder in der Auslegung des Vertrages eine ausfüllungsbedürftige Lücke ergibt. In Kenntnis der Rechtsprechung des BGH zu § 139 BGB ist es der ausdrückliche Wille der Parteien, die Wirksamkeit der übrigen Vertragsbestimmungen unter allen Umständen aufrecht zu erhalten und § 139 BGB insgesamt abzubedingen.
- (2) Änderungen und Ergänzungen zu diesem Vertrag oder der ihm beigefügten Anlagen bedürfen der Schriftform in Form einer von den Parteien unterzeichneten privatschriftlichen Änderungsurkunde, soweit nicht rechtlich eine Beurkundung erforderlich ist. Mündliche Abreden haben keine Gültigkeit. Auch der Verzicht auf die Schriftform bedarf der in Satz 1 genannten Form.
- (3) Nebenabreden, nachträgliche Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages müssen zu Beweis Zwecken schriftlich vereinbart werden. Mündliche Nebenabreden ersetzen dieses Schriftformerfordernis nicht und sind ohne schriftliche Bestätigung unwirksam.
- (4) Gerichtsstand für alle aus und/oder im Zusammenhang mit diesem Vertrag etwa in Zukunft zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer entstehenden Auseinandersetzungen jedweder Art ist – soweit sich nicht aus zwingenden gesetzlichen Bestimmungen etwas Abweichendes ergibt – Mettmann.

Mettmann, den - - - - - (...), den - - - - -

- - - - -
(Auftraggeber) (Auftragnehmer)

ANLAGENVERZEICHNIS

- Anlage 1:** Leistungsbeschreibung inkl. Anlage
- Anlage 2:** Besondere Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Verpflichtungen zur Tarif- und Mindestentlohnung nach dem Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen
- Anlage 3:** Runderlass des Ministeriums für Schule und Weiterbildung „Gebundene und offene Ganztagschulen sowie außerunterrichtliche Ganztags- und Betreuungsangebote in Primarbereich und Sekundarstufe I“ (BASS 12-63 Nr. 2) vom 23. Dezember 2010
- Anlage 4:** Runderlass des Ministeriums für Schule und Weiterbildung „Geld oder Stelle - Sekundarstufe I; Zuwendungen zur pädagogischen Übermittagsbetreuung/Ganztagesangebote“ (BASS 11-02 Nr. 24) vom 31. Juli 2008
- Anlage 5:** Letztverbindliches Angebot des Auftragnehmers vom [...] nebst Anlagen